



## **Motion Nr. 250 2010/2012**

Eingang Stadtkanzlei: 18. November 2011

### **Arabischer Frühling – Die Stadt Luzern setzt ein Zeichen der Partnerschaft**

Die Bevölkerungen Tunesiens, Ägyptens und jetzt auch Libyens konnten sich von ihren Diktatoren befreien. In weiteren Ländern kämpfen die Menschen trotz Lebensgefahr und Folter für Recht und Freiheit. Dafür verdienen sie unsere Hochachtung. Sie bewegen sich nun auf dem schwierigen Weg der Transformation hin zu Demokratien. Dafür verdienen sie unsere Unterstützung.

Auf der Homepage des Bundes ist die bundesrätliche Haltung dazu nachzulesen: „Der Bundesrat unterstützt die Transitionsprozesse in der gesamten nordafrikanischen Region, welche vom arabischen Frühling betroffen ist. Das Ziel ist, in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden der betroffenen Staaten, den Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen sowie einer funktionierenden Marktwirtschaft zu fördern.“

Gerade für die enge Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden bietet sich auch unser lokales Engagement an. So könnten wir unseren Erfahrungsschatz an gelebter Demokratie teilen und gleichzeitig ein deutliches Zeichen der Solidarität an diese Länder senden. Denn mit der politischen Veränderung geht auch eine wirtschaftlich schwierige Zeit einher. In diesem Wandel brauchen diese Länder sowie deren Bewohnerinnen und Bewohner unter anderem auch neue Freundschaften und Beziehungen, um die alten Fesseln endgültig hinter sich zu lassen und um aus dem politischen Frühling einen politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Sommer werden zu lassen.

Wir bitten daher den Stadtrat, eine Evaluation für eine neue Städtepartnerschaft aus dem genannten Raum vorzunehmen und dem Parlament einen entsprechenden B+A zu unterbreiten. Aufgrund der besonderen Situation wäre es zudem angebracht, dass die Stadt zeitweilig eine relativ aktive Rolle übernimmt, aktiver als in den bisherigen Partnerschaften, sowohl in der Zusammenarbeit mit der Partnerstadt, wie auch mit der eigenen Bevölkerung. Im Weiteren sind die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit dem EDA abzuklären.

Andreas Wüest  
namens der SP/JUSO-Fraktion